

Unterländer Rundbrief

herausgegeben von

Gesellschaft für Strahlenmessung im Unterland

Ausgabe Februar 1990
zusammengestellt von Ralf Hofmann
(unter Mitwirkung von Fritz Ullrich)

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen,

nach Untersuchungen der US-Umwelt-schutzagentur werden noch vor Ablauf der nächsten 40 Jahre große Teile der natürlichen Lebensgrundlagen auf der Erde zerstört sein (siehe Seite 9).

Für Menschen wie uns, denen der Erhalt unserer Umwelt sehr am Herzen liegt, sind das natürlich unerfreuliche Aussichten. Ich nehme schwer an, daß jedes Mitglied der GfSU auch und vor allem in seinem privaten Bereich darauf achtet, möglichst so zu leben, daß er die Umwelt in geringstem Maße mit Schadstoffen (flüssiger, fester oder gasförmiger Art) sowie Energieverschwendung belastet. Gerade die eigenen Konsequenzen, vor allem die eigenen Kurzstrecken, die man bzw. Frau mit dem eigenen Auto zurücklegt, summieren sich eben - bis zur Klimakatastrophe. Denn eines dürfte klar sein: Jedes Vergehen gegen die Umwelt, jede noch so kleine Umweltverschmutzung, fällt auf uns, die Verursacher, zurück.

So weit - so schlecht. Jetzt zu den vereinsinternen Nachrichten:

TOP 1: Jahreshauptversammlung der GfSU

Am 5. April 1990 findet die alljährliche Jahreshauptversammlung der GfSU ab 20.00 Uhr in der Gaststätte "Sonnenstube" in

der Heilbronner Querschulgasse statt.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorsitzenden
2. Kassenbericht, Bericht des Kassenprüfers
3. Entlastung des Vorstands
4. Diskussion über Aufgaben und Ziel des Vereins im laufenden Jahr
5. Wahl des Vorstands
6. Haushalt 1990
7. Sonstiges

TOP 2: Unser Nitratmeßgerät wurde im Februar von [REDACTED] geeicht und in Betrieb genommen. Die ersten kommentierten Meßergebnisse finden Sie im Rundbrief.

Natürlich hoffen wir, dass alle Mitglieder erscheinen. Wir haben das ein bißchen verdient, denn wir haben uns viel Mühe gegeben, und ausserdem gibt es viel zu tun, wozu wir Ihre Meinung und Ihre Unterstützung brauchen!

Ihr Ralf Hofmann

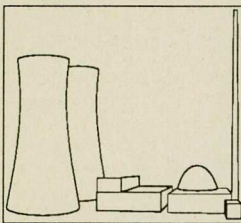
GfSU unterstützt den BBMN e.V.

Der BBMN (Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar e.V.) gehört zu den wenigen Gruppierungen in unserem Raum, die einen wirklich langen Atem im Kampf gegen die Bedrohung durch Atomkraftwerke beweisen. Vor nun über 15 Jahren begann der Kampf gegen den Bau und die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks GKN II.

Auch im letzten, für die Anti-AKW-Bewegung schweren, Jahr 89, dem ersten Betriebsjahr von GKN II, in dem viele Gegner resignierten, gab man beim BBMN nicht auf. Es wurde der nunmehr letzte Weg beschritten, den Betrieb des Kraftwerkes wieder zu stoppen: der lange, teure und schwere Weg durch die gerichtlichen Instanzen (siehe Spendenaufruf auf dieser Seite). Da wir der Ansicht sind, daß diese "letzte Chance" unbedingt genutzt werden sollte, hat die GfSU beschlossen, die kommende gerichtliche Auseinandersetzung durch eine Spende von 500,- DM an den BBMN zu unterstützen. Wir hoffen, daß wir damit auch im Sinne aller unserer Mitglieder gehandelt haben - was aber nicht heißen soll, daß nicht jeder auch zusätzlich von sich aus noch etwas beitragen könnte...

Über diese Spende hinaus hat die GfSU auch die Überwachungstätigkeit des BBMN unterstützt, indem sie ein zusätzliches Meßgerät zur Überwachung der Luft auf Radioaktivität finanziert hat. Wir haben schon mehrfach in unseren Rundbriefen von diesem Meßstellennetz berichtet. Es ist nun schon seit gut zwei Jahren pausenlos im Einsatz und überwacht durch das neu aufgestellte Meßgerät nun eine weitere Windrichtung rund um Neckarwestheim. Das Meßnetz besteht nun aus sieben Stationen. Der neue, zusätzliche Standort ist Pfahlhof - südlich von Ilsfeld.

Nähere Informationen zu diesem Frühwarnsystem vor etwaigen zukünftigen Störfällen oder Kernkraftkatastrophen sind beim BBMN erhältlich.



Nieder mit dem GKN !!!

Spendenaufruf zur Finanzierung des Prozesses gegen das GKN II:

Wir sind das Volk!

Spendenaufruf zur Finanzierung des Prozesses gegen GKN II

Spendenkonto:

1.

[REDACTED] Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar e.V. (bei Spenden über 100,- DM wird eine Spendenbescheinigung zugesandt).

2.

[REDACTED] Bürgerinitiative Mittlerer Neckar e.V. (hier nur Spenden bis zu 100,- DM einschließlich, Überweisungsdurchschrift ist Beleg für das Finanzamt.)

Wie steht es mit unserem Prozeß?

Die Klagen und Klagebegründungen gegen die dritte und vierte Teilerrichtungsgenehmigung sind beim Verwaltungsgerichtshof Mannheim eingereicht. Die Chancen stehen nicht schlecht.

Verantw.: [REDACTED]

Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar e.V.

Zur Absicherung der Klage haben wir zwei Gutachten in Auftrag gegeben. Sie werden zum Ende dieses Jahres fertiggestellt.

Gutachten 1: Geologie und Hydrogeologie von Prof. Hötzel, Uni Stuttgart (Kosten ca. 20.000,- DM).

Gutachten 2: Reaktorsicherheit vom Öko-Institut Freiburg/Darmstadt von

Forts. Seite 2

Unkontrolliert rollt die atomare Fracht

Obwohl bereits 1988 in einem Gutachten des Öko-Instituts Darmstadt vor der potentiellen radioaktiven Gefahr für die Stadt Mannheim durch Atomtransporte auf der Schiene gewarnt wurde, existieren bis heute keine Katastrophenpläne. Sowohl Feuerwehr, Städtisches Krankenhaus wie der Strahlenschutzbereich des Gewerbeaufsichtsamts vermissen nach wie vor offizielle Informationen über Anzahl, Zeitpunkt und Art der Atomtransporte, die im Mannheimer Rangierbahnhof, dem zweitgrößten der Bundesrepublik, neu zusammengestellt werden. Wie die Sachgebietsleiterin für Katastrophenschutz in den Städtischen Krankenanstalten mitteilt, würden spezielle Katastrophenpläne für radioaktive Verseuchung erst dann aufgestellt, wenn von der Bahn eine Anregung vorläge. Diese fehle jedoch derzeit.

Die Bundesbahn in Mannheim verweigert dazu jegliche Stellungnahme. Auch die Bundesbahndirektion in Karlsruhe gibt keine Auskunft über Anzahl, die Aufenthaltsdauer und Materialart der Atomtransporte. Die Pressesprecherin begründete dies mit dem Daten- und Kundenschutz.

Schätzungen hierzu kommen jedoch vom Öko-Institut Darmstadt, das sich in einer Studie für die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) mit den Atomtransporten auf der Schiene befaßte. So rollen jährlich rund 4000 Atomtransporte auf Bahngleisen durch die Bundesrepublik. Im

süddeutschen Raum komme dabei dem Rangierbahnhof Mannheim eine zentrale Rolle zu. Zwar würden die meisten Transporte Kleinsendungen mit medizinischen Materialien enthalten, doch passieren nach neuen Untersuchungen von Öko-Instituts-Mitarbeiter Christian Küppers "Allein 50 bis 60 der rund 100 Transporte mit gefährlichen hochradioaktiven abgebrannten Brennelementen den Mannheimer Rangierbahnhof auf ihrem Weg zur französischen Wiederaufbereitungsanlage in La Hague".

Die Waggons kommen aus den Atomanlagen des süddeutschen Raumes, so aus Neckarwestheim, der Schweiz, Österreich aber auch aus Norddeutschland. Kaum weniger brisant seien die Transporte von atomaren Abfällen, deren Ziel die Atomverbrennungsanlage im Kernforschungszentrum Karlsruhe ist. Hier werde nach Angaben Küppers rund die Hälfte des in der Bundesrepublik anfallenden Atommülls verarbeitet. Die Bundesbahn verweist dagegen auf Stichprobenmessungen an Atomtransporten, die im gesamten Bundesgebiet durchgeführt wurden. Hierbei seien keine radioaktiven Strahlungen festgestellt worden. Nach Auskunft der Sprecherin der Bundesbahndirektion Karlsruhe gehe durch die Atomtransporte keine Gefahr für die Beschäftigten und Umwelt aus. Unfälle habe es bisher nicht gegeben.

Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands wertet es vor diesem Hinter-

grund als Erfolg, daß die Standzeiten der Waggons mit radioaktivem Material minimiert würden, während des Aufenthalts Nachbargleise freizuhalten seien und Abstandszone von mindestens zehn Metern von den Beschäftigten eingehalten werden müßten.

Die Mannheimer "Initiative gegen Atomtransporte" kritisiert nicht nur mangelnde Unfallvorsorge, auch der Regelbetrieb sei bedenklich. So dürften die Bahntransportbehälter gemäß einer Sonderregelung bis zu 1000 Millirem abstrahlen. Schon ab 500 Millirem unterliegen Beschäftigte normalerweise regelmäßigen medizinischen Kontrollen. Dies sei bei der Bahn nicht der Fall.

Wie vom Katastrophenschutz der Feuerwehr mitgeteilt wird, existieren zwar allgemeine Einsatzpläne für den Katastrophenfall, jedoch keine besonderen für den Mannheimer Rangierbahnhof. Schließlich wäre auch die Mannheimer Stadtverwaltung nicht in der Lage, Informationen über durchfahrende Atomtransporte weiterzugeben. Auf eine Anfrage im Stadtrat antwortete sie, daß diese nur dem "Lagezentrum beim Innenministerium Baden-Württemberg angezeigt werden müssen und nicht an die betroffenen Stadt- und Landkreise weitergegeben werden".

Aus: Frankfurter Rundschau vom 13.1.90

Forts.Spendenaufuf v.Seite 1

Dipl.-Ing. Michael Sailer (Kosten ca. 12.000,- DM). Anwaltskosten hatten wir bisher ca. 10.000,- DM. Weitere Anwalts- und Gerichtskosten werden sich auf 30.000 bis 40.000 DM belaufen.

Alles zusammengekommen bedeutet das, daß unsere bisherigen 50.000,- DM nicht reichen werden, und wir mindestens 20.000,- DM zusätzlich sammeln müssen, um das Verfahren in der ersten Instanz durchzuführen.

Sobald die beiden Gutachten fertiggestellt

sind, werden bei Gericht weitere Klagegründe vorgetragen und die Aussetzung des Sofortvollzugs bis zur endgültigen gerichtlichen Klärung beantragt.

Gibt das VGH Mannheim in dem Prozeß eine Erfolgsaussicht, so steht ab diesem Zeitpunkt GKN II still. Die Aussicht ist nicht sehr groß, aber sie kann bei veränderten politischen Bedingungen schlagartig wachsen. Das Verfahren in Mannheim wird in jedem Falle weiterverfolgt. Eine mündliche Verhandlung ist frühestens Mitte 1990 zu erwarten.

Verlieren wir in Mannheim, gehen wir in die nächste Instanz, zum Bundesverwaltungs-

gericht in Berlin. Dort stehen die Chancen günstiger. In einem ähnlich gelagerten Fall um AKW Mülheim-Kärlich wurde das Kraftwerk gestoppt, und die gesamte Genehmigung muß neu vorgenommen werden. Dabei gehen Jahre ins Land. Sollten wir soweit kommen, brauchen wir natürlich noch einiges an Geld!

Weitere Aufrufe Tel. [Redacted] (Dort anrufen, weitere Aufrufe anfordern, fragen, was man noch tun kann, um denen zu helfen, diesen Wahnsinn zu beenden; daran denken, was momentan in Sellafield alles ans Tageslicht kommt!)

FCKW -

Bonn will Herstellung des Klimagifts nicht verbieten!

Neben dem Kohlendioxid, das beim Verbrennen von Kohle, Öl und Gas freigesetzt wird, gehört FCKW zu den gefährlichsten aller Treibhausgasen. Ein FCKW-Molekül heizt das Klima etwa fünfzehntausendmal stärker auf, als ein CO₂-Molekül. Mit einer Jahresproduktion von mehr als 100 000 Tonnen gehört die BRD zur Spitzengruppe der FCKW-Erzeugerländer; diese Menge trägt zum Treibhauseffekt fast genau so stark bei, wie die fast 800 Millionen Tonnen Kohlendioxid, die bei uns jährlich in die Luft gelangen.

Bereits 1974, vor mehr als 15 Jahren alarmierten die Naturwissenschaftler Rowland und Molina die Weltöffentlichkeit: Die Emission von FCKW drohe die Ozonschicht zu zerstören. Seitdem ist zwar viel konferiert worden, jedoch nichts geschehen. Nun sieht der CDU-Abgeordnete und Vorsitzende der Bonner Enquete-Kommission "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" Bernd Schmidbauer im FCKW-Problem eine gewaltige Herausforderung, die eine gewaltige Anstrengung verlange, und Umweltminister Klaus Töpfer will die Substanz kurzerhand verbieten.

Allerdings erweckt Töpfers Vorhaben nur den Eindruck konsequenten Umweltschutzes, denn Spraydosen und Verpackungen aus FCKW-getriebenem Schaumstoff sollen kurzfristig verboten werden, Kühlanlagen mit FCKW ab 1992 schrittweise, und Feuerlöschanlagen mit Halonen (zehnmal so gefährlich als FCKW) ab 1996, aber verbieten will Töpfer die Anwendung von FCKW zur Her-

stellung solcher Produkte, jedoch nicht die Herstellung von FCKW selbst; offensichtlich will er sich mit der Kali-Chemie und der Hoechst AG, den beiden deutschen FCKW-Produzenten nicht anlegen.

Damit ist dieses wichtige Umweltschutzvorhaben, dessen die Bonner Regierung sich lauthals rühmt, der Gipfel der Inkonsequenz, denn - so der Bonner SPD-Abgeordnete [REDACTED] "der Ozonschicht sei es letztlich egal, ob das FCKW bei uns in der BRD freigesetzt werde, oder in Italien, der DDR oder in Österreich."

Dies wissen natürlich auch die Bonner Regierungskoalition und ihr Umweltminister Töpfer. Noch 1987 enthielt nämlich eine Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und FDP ein "Verbot von FCKW", das vom Bonner Umweltministerium noch so interpretiert wurde: "In einer ersten Stufe muss ein sofortiges Einfrieren der FCKW-Produktion beschlossen, in einem anschließenden zweiten Schritt muss dann die FCKW-Produktion in kürzester Frist verringert werden." Und noch vor wenigen Monaten stand im Manuskript einer dann jedoch nicht gehaltenen Töpferschen Bundestagsrede: "Es kann nicht hingenommen werden, dass die bei uns nicht mehr verwendeten FCKW oder Halone in andere Staaten exportiert und dort in die Atmosphäre entlassen werden." Doch als Töpfer seine Rede dann hielt, fehlte diese Ankündigung plötzlich, wie auch in dem jetzt präsentierten Verordnungsentwurf. (Honi soit qui mal y pense . . .)

Ausgerechnet die Kali-Chemie!

Kali-Chemie will geplantes FCKW-Verbot aufweichen:

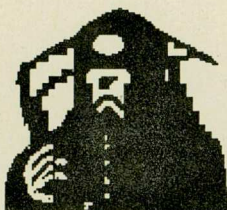
Der Bundestag hat bekanntlich beschlossen, den FCKW-Verbrauch stufenweise zu reduzieren, und ihn ab 1995 vollständig zu verbieten.

Nun stachelt die Kali-Chemie AG, neben der Hoechst AG einziger deutscher Hersteller der ozonschädlichen Fluor-Chlorkohlenwasserstoffe, ihre Kunden auf, in Bonn Stimmung gegen das geplante FCKW-Verbot zu machen. Sie verschickt dazu Briefe, in denen sie schreibt:

"...empfehlen wir Ihnen, darauf hinzuwirken, dass zumindest die Ausnahmeregelung der FCKW-Anwendung über den 31.12.1994 hinaus verlängert wird und auch für Neuanlagen gilt, ferner dass die Positivliste halogenhaltiger Ersatzstoffe erweitert wird ... und zukünftige neuentwickelte, halogenhaltige Ersatzstoffe erprobt und in die Praxis eingeführt werden können, ohne dass eine Novellierung notwendig wird. Das bedeutet im Klartext, der Bundestagsbeschluss, ab 1995 diese für die Atmosphäre so gefährlichen Substanzen zu verbieten, soll einfach aufgeweicht werden. In der Bundesrepublik liegen die FCKW-Produktionsziffern unverändert hoch bei 110000 Tonnen pro Jahr!

Nun ist zwar die Kali-Chemie, wenn man's genau nimmt, keine "hiesige" Firma mehr, sondern befindet sich in belgischem Besitz (Solvay AG).

Es ist aber trotzdem eine ungute Sache, dass ausgerechnet eine Firma aus dem Raum HN zu den Hauptverursachern jener Schweinerei zählt, die, wenn die Elite der einschlägigen Fachleute recht behält, die weitere Bewohnbarkeit unseres Planeten in Frage stellen kann.



Dioxine

aus Milchkartons und Kaffeefiltern

us. Kiel. Mehr ein Zufall brachte es ans Tageslicht: Wissenschaftler des Bundesgesundheitsamtes (BGA) fanden bei der Untersuchung von Lebensmittelproben irreguläre Dioxinverbindungen, als deren Quelle sie schließlich das Laborfilterpapier ausmachten. In nachfolgenden Untersuchungen stellte sich heraus, daß verschiedene Papiersorten, darunter auch Kaffeefilter z. T. höhere Konzentrationen an Dioxin-/Furanverbindungen aufwiesen. Versuche ergaben 1988 einen 20 bis 35prozentigen Übergang von Dioxinen in den Kaffee.

Verantwortlich dafür ist die Chlorbleiche des Papiers, die dem deutschen Sauberkeitsideal möglichst im Superlativ genüge leistet: Weiß, weißer am weißesten. Inzwischen werden auch braune, ungebleichte Kaffeefilter angeboten.

Ähnlich ging es bei den Milchtüten zu: Schon 1986 fand das Max von Pettenkofer-Institut des BGA bei der Untersuchung von Milchproben einen Ausreißer: Die Probe aus einer Milchtüte wies eine überdurchschnittlich hohe Kontamination durch ein papierprodukt-typisches Furan auf.

In weiteren Untersuchungen ermittelte das BGA, daß ein Teil der Gehalte an polychlorierten Dibenzodioxinen und -furanen aus den Kartonverpackungen in die Milch übergeht und daß dieser Übergang offensichtlich auch durch die Polyethylenbeschichtung der Kartons nicht verhindert werden kann. Beim für viele Bevölkerungs- und Altersgruppen niedrig angesetzten Verkehr von ca. 200 gr. Konsummilch (etwa ein Glas Milch) errechnete das BGA eine signifikante Zusatzbelastung des Verbrauchers um bis zu einem Drittel; darunter die beiden giftigsten Stoffe, die jemals aus Menschenhand entstanden sind: das ultragefährliche Seveso-Dioxin und ein verwandtes Furan.

Die Konzentration hielt auch die behördliche Stelle für hoch genug, um Maßnahmen einzuleiten, deren fauler Kompromiß die nahezu unkontrollierbare Zusage des "Fachverbandes Kartonverpackungen für flüssige Nahrungsmittel e.V." (FKN)

ist, künftig nur noch gering belastetes Material einzusetzen, obwohl hier nur noch der Griff zur Flasche bliebe - zur Mehrweg-Milchflasche.

FKN und Mitgliedsfirmen behaupten, daß eine Mehrwegflasche 25mal umlaufen müßte, um mit dem Karton energetisch gleichzuziehen, und eine Mehrweg-Milchflasche erreiche derzeit nur 8 Umläufe. Das Umweltbundesamt schätzte eine Rate von drei Umläufen als ausreichend für die energetische Überlegenheit der Mehrweg-Flasche. Dies soll durch eine bereits laufende Studie erhärtet werden.

Aber ob drei oder 25 Umläufe: Die Molkereien berichten von bis zu 30 Umläufen pro Flasche (nach Angaben von BUND z. B. die Südmilch AG, Stuttgart). Hohe Rücklaufquoten bestätigt auch das Umweltbundesamt. Angesichts der stetig steigenden Dioxinkonzentration in Umwelt und Nahrung reichern sich Dioxine und auch Furane in der Nahrungskette drastisch an und werden im menschlichen Fettgewebe gespeichert. In der menschlichen Muttermilch lassen sich Dioxine und Furane bereits in so hohen Konzentrationen finden, daß die Gesundheitsverträglichkeit des Stillens in Frage gestellt wird.

Die knapp 1,5 Millionen Liter H-Milch und ein großer Teil der rund 1,4 Millionen Liter Trinkmilch wurden 1987 mit Dioxinen angereichert und ergaben letztlich einen Müllberg von 80.000 Tonnen Verbundkartons, die zur Milchverpackung eingesetzt wurden und dann auf Deponien und in Verbrennungsanlagen weiter die Umwelt belasteten.

Daß angesichts dieser Situation 13 Prozent der Trinkmilch 1988 gegenüber 5,3 Prozent 1987, laut einer Untersuchung der Firma Nielsen, in Mehrwegglasflaschen verpackt wurden, ist ein schwacher Trost und sollte den Verbraucher zu einem konsequenten Boykott aller Einwegverpackungen aufrufen.

(Aus: "Eltern für unbelastete Nahrung e.V.", Meßwert-Info 41/89)

Radon - die unterschätzte Bedrohung !

Im Rundbrief 1/89 wurde auf die durch Radon drohenden Gefahren hingewiesen. In "natur 1/90" findet sich nun ein eindringlicher Hinweis auf die - gewaltig unterschätzten - Gefahren, die durch Radon drohen: Die ganz schweren Radon-Belastungen im Bereich der BRD treten hauptsächlich im Hunsrück, im Andernacher Becken bei Koblenz, rund um den Nürburgring, im Saarland, in Teilen des Schwarzwalds, im Bayerischen Wald und im Fichtelgebirge auf; dort liegen die Radonbelastungen in bis zu 40 000 Wohnungen oberhalb von 500 Bq/m³, also 40mal höher, als z.B. für die Umgebung von Kernkraftwerken zulässig und genehmigt ist.

Radon-Gas dringt mit der Atemluft in die Lungenbläschen ein. Gefährlich sind vor allem die radioaktiven Zerfallsprodukte des Edelgases, die strahlenden "Radon-Töchter" Polonium-218, Blei-214, Wismut-214 und Polonium-214, die innerhalb von Sekundenbruchteilen bis wenigen Minuten kaskadenartig zerfallen und das Gewebe mit intensiver Alpha- und beta-Strahlung eindecken. Das Resultat ist hauptsächlich Lungenkrebs. Wissenschaftler schätzen, daß jährlich 2000 bis 6000 Bundesbürger an Lungenkrebs infolge Radonstrahlungen in Häusern und/oder am Arbeitsplatz sterben.

Dabei sei man gegen Radon keineswegs machtlos. Meist sei es möglich, Spalten, Risse, Löcher und andere Undichtigkeiten im Untergeschoss, durch die das Radon-Gas meist eindringt, durch Belüftung und Abdichtungsmassnahmen genügend zu "entschärfen". Radonkonzentrationen festzustellen und zu messen, ist offenbar einfach. Man stellt dazu eine Zeitlang einige sog. "Passivsammler" auf, und schickt sie dann zur Messung ein. Derartige "Passiv-Sammler" können angefordert werden bei:

- Unabhängige Strahlenmeßstelle
Strahlentelex, Turmstrasse 13,
1000 Berlin 21 (60.- DM)
- Kernforschungszentrum Karlsruhe
Postfach 3640
7500 Karlsruhe (50.- DM)

Die bundesdeutsche Strahlenschutzkommission empfiehlt Sanierungsmassnahmen "ab ca 250 Bq Radon pro m³ Raumluft."

Nitrate in Trinkwasser und Lebensmitteln

Messwerte vom 13. Februar 1990

Zu den Nitratmessungen:

Die Meßergebnisse wurden mit unserem genauen ionenselektiven Nitratmeßgerät durchgeführt.

Das Gerät wurde im Februar von Herrn Bamberg geeicht und in Betrieb genommen.

Trinkwassermessungen:

Es wurden Leitungswasserproben aus den angegebenen Städten und Gemeinden gemessen. Um eine eventuelle reinigende Wirkung von Wasserfiltersystemen zu untersuchen, wurde einmal eine Britta-Filterung sowie eine Purolux-Wasserfilterung durchgeführt. Die handelsübliche Britta-Aktivkohlenfilterung mit Ionentauscher hatte wartungsgemäß keine Auswirkung auf den Nitratgehalt.

Die Purolux-Wasserfilteranlage, die einen Anschaffungspreis von ca. 1.000 DM hat, und in der Lage ist, in ca. 8 Stunden 10 l Wasser zu reinigen, hatte in Bezug auf das Nitrat einen Rückhalteeffekt von ca. 80 %.

Grundsätzlich ist zu beachten, daß die Nitratkonzentration im Trinkwasser, gerade in Städten wie Heilbronn, wo Bodenseewasser mit vorhandenem Quellwasser gemischt wird, Schwankungen unterworfen ist.

Lebensmittelmessungen:

Wie die Messungen zeigen, haben Rote Be-

Nitratgehalt in

mg/l/kg

Trinkwasser HN Innenstadt	22 mg/l
Trinkwasser HN Innenstadt Brittafilter	22 mg/l
Puroluxwasser (Umkehrosmose)	6 mg/l
Trinkwasser Sickersche Apotheke	33 mg/l
Demeter Kindersaft MHD 11/91	60 mg/l
Gunkel Apfelsaft MHD 6/91	38 mg/l
Rote Bete Saft MHD	880 mg/l
Von Lebenslust: Kartoffeln Granola Bioland (Ernte 89)	80 mg/kg
Von Lebenslust: Granola Demeter	29 mg/kg
Von Lebenslust: Kartotten Demeter	15 mg/kg
Chinakohl bio-dyn Österreich (Umstellbetrieb)	1.350 mg/kg
Volvic-Wasser	5 mg/l
Riethenauer Mineralwasser	15 mg/l
Trinkwasser HN, Hartmannsweg	6 mg/l
Kiliansbrunnen Heilbronn	56 mg/l
Trinkwasser Gemeinde Stuppach bei Bad Mergentheim	27 mg/l
Apfelsaft Mosterei Huber, Sinsheim MHD 9/91	36 mg/l
Teusser-Mineralwasser, Löwenstein	1 mg/l

te bzw. Chinakohl aus bio-dynamischem Anbau auch hohe Nitratkonzentrationen aufzuweisen.

Bei Roter Bete dürfte das anbauunabhängig sein, beim Chinakohl an der im Winter notwendigen Gewächshausaufzucht liegen.

Grundsätzlich ist vor zu hohen Nitratmengen in Lebensmitteln zu warnen, da Nitrate im menschlichen Verdauungstrakt in Nitrit umgewandelt werden können, was

bei gleichzeitiger Einweißaufnahme zur Bildung von im Verdacht der Krebs erzeugung stehenden Nitrosaminen führen kann.

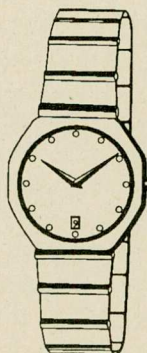
Nach mir vorliegenden Informationen ist dieser Effekt durch gleichzeitige Aufnahme von Vitamin C kompensierbar. Nitratreferenzwerte zu den verschiedenen Lebensmitteln werden voraussichtlich im nächsten Rundbrief veröffentlicht.

"Strahlende" Armbanduhren . . .

Achtung: Vergessen Sie nicht, den Erwerb der SEIKO-Armbanduhr, Typ 6309 - 8840 A 6 "der zuständigen Behörde" anzuzeigen! Einen solchen Ausdruck müßten wohl Beipackzettel enthalten, die der Gebrauchsanleitung der bezeichneten Armbanduhr beiliegen sollten. Der Grund: Die auf dem Ziffernblatt und den Zeigern verwendete Leuchtfarbe überschreitet die laut Strahlenschutzverordnung für den genehmigungsfreien Umgang zugelassene radioaktive Aktivität - ein rechtlicher Aspekt.

Die Analyse der "Energiespender" in der Leuchtfarbe mit Hilfe eines Halbleiter-Gammaspektrometers ergibt neben den "natürlichen" Aktivitäten die Bestandteile ^{146}Pm und ^{147}Pm , was auf element-spezifische Aufarbeitung des Ab-

brands von Kernbrennstoffen hinweist - ein Aspekt der Überumpelung des Verbrauchers durch den nuklear-industriellen Komplex unserer Wirtschaft.



Die Auswertungen der Analyse ergaben folgenden Beitrag zur Gesamtaktivität (+ 10 %):

1. Auswertung: ^{147}Pm : $5,772 \times 10^6 \text{ Bq}$;
2. Auswertung: ^{147}Pm : $4,94 \times 10^5 \text{ Bq}$. ^{146}Pm : 30,1 B1.

Da die untersuchte Uhr (Seiko-Herrenarmbanduhr mit Schwinganker) in einem Kaufhaus ohne irgendeine Auflage oder Hinweise auf die Leuchtziffern frei verkäuflich war (Juli 1988) - nicht etwa als Spezialuhr ausgewiesen war - gilt die laut Strahlenschutzverordnung zugelassene Freigrenze für ^{147}Pm von $3,7 \times 10^5 \text{ Bq}$. Dieser Wert wird überschritten.

Was Vitamine wirklich leisten:

Vitamine schützen vor aggressiven Stoffwechselprodukten

Als Messlatte für den Vitaminbedarf dienen immer noch die klassischen Mangelkrankheiten wie Skorbut oder durch Vitamin-A-Mangel bedingte Augenkrankheiten. Wie die Forschung in den letzten Jahren entdeckte, ist das aber noch nicht einmal die halbe Wahrheit. Vitamine wie Vitamin E, C und das als Vorstufe für Vitamin A bekannte beta-Carotin schützen nämlich im Stoffwechsel vor schädlicher Oxidation, eine Wirkung, der so grosse Bedeutung zukommt, dass der Vitaminbedarf des Menschen von den Experten gegenwärtig neu überdacht wird. Es gehe dabei nämlich nicht länger nur darum, Vitamin-Mangelkrankheiten zu vermeiden, so der Biochemiker Prof. Helmut Sies auf dem kürzlichen Wintertreffen der Society for Free Radical Research; es gelte vielmehr, den Stoffwechsel zu unterstützen. "Viele Körperfunktionen verlaufen erst dann optimal, wenn der Blutspiegel der antioxidativ wirkenden Vitamine E, C und beta-Carotin höher liegt, als bisher für notwendig gehalten wurde."

Radikalen-Fänger:

Ein kräftiger Vitaminschluck bei Kalte-Füsse-Wetter steht danach durchaus und sehr im Einklang mit den neusten Forschungserkenntnissen.

Denn Makrophagen beispielsweise, also die gefräßigen Immunzellen, die im Blut eingedrungenen Krankheitskeimen auflauern und sie vernichten, brauchen fünfzigmal mehr Vitamin C als andere Zellen. Wie eine Amöbe umfließt der Makrophage die schädlichen Keime und nimmt sie in sich auf und dann töten verschiedene Enzyme im Inneren der Fresszelle die Beute mit Hilfe von Sauerstoffradikalen, sauerstoffhaltigen, chemisch aggressiven Molekülen, denen ein Elektron fehlt. Um rasch wieder einen stabilen Zustand zu erreichen, entreisst das Sauerstoffradikal anderen Mo-

lekülen das ihm fehlende Elektron, z.B. also Molekülen der Zellmembran eines Beutebakteriums, das auf diese Weise durch die Sauerstoffradikale tödlich geschädigt, "umgebracht" wird. Damit der Schuss jedoch nicht nach hinten losgeht, und der Makrophage sich durch die Radikale nicht selbst zerstört, hält er in seiner Zellflüssigkeit sogenannten "Radikalfänger" bereit - zum Beispiel Vitamin C. Je mehr Krankheitserreger es abzutöten gilt, um so eher steigt der Verbrauch an Vitamin C.

Sauerstoffradikale:

Sauerstoffradikale entstehen im Körper ständig als Begleiterscheinung natürlicher Stoffwechselvorgänge, doch auch als Folge von Strahlung, durch Medikamente und andere chemische Substanzen. Ein einziger Zug aus einer Zigarette überflutet die Lunge mit einigen Billionen freier Radikale.

Natürlich haben Lebewesen sich im Lauf der Evolution Abwehrstrategien gegen das allgegenwärtige Radikalengewitter zugelegt - z.B. antioxidativ wirkende Enzyme. Ausserdem enthalten alle Zellmembranen (von Menschen, Tieren und Pflanzen) Vitamin E, das die empfindlichen Fettsäuren in den fettreichen Zellmembranen vor Zerstörung durch Sauerstoffradikale schützt. Die Vitamin-E-Moleküle wieseln wie Schäferhunde in einer Schafherde zwischen den Fettsäuremolekülen der Membran herum. Sobald durch einen Angriff an einer ungesättigten Fettsäure ein Sauerstoffradikal entsteht, wird es vom Vitamin E übernommen. Dem dadurch nun seinerseits "radikalisierten" Vitamin E eilt aus der Zellflüssigkeit ein Vitamin-C-Molekül zu Hilfe, d.h. unter Verbrauch von Vitamin C wird das beschädigte Vitamin E wieder hergestellt.

Vitamin E, C und beta-Carotin:

Zusammen mit den Vitaminen E und C

kämpft auch das beta-Carotin gegen die Sauerstoffradikale, das vor allem die Haut bei schädlichem Einfluss von UV-Strahlung schützt. Anzeichen deuten darauf hin, dass die häufigen Erkältungskrankheiten nach dem Skilaufen durch akuten beta-Carotinmangel begünstigt werden.

Wie beim erwähnten Kongress weiter berichtet wurde, existieren deutliche Hinweise für eine enge Korrelation zwischen einem Mangel an Antioxidantien, insbesondere Vitamin E, und dem Infarktrisiko; die Korrelation erwies sich in verschiedenen Studien stärker als diejenige zwischen Infarktrisiko und Cholesterinwert. Andere Forscher fanden Korrelationen zwischen Krebsstod und Mangel an Antioxidantien.

Allerdings sind die bis jetzt vorliegenden Ergebnisse nur als Indizien dafür zu werten, dass Vitaminmangel an diesen Krankheitsgeschehen beteiligt sein könne. Nachdem die heutige Be- und Verarbeitung von Lebensmitteln, sowie die heutigen Essgewohnheiten Vitaminmangel bei Menschen wahrscheinlicher machen, als früher, sollen weitere Studien die präventive Wirkung von Vitaminen erhärten. Dazu laufen derzeit weltweit fünfzehn epidemiologische Projekte mit antioxidativ wirkenden Vitaminen, über deren Ergebnis 1992 berichtet werden soll.

Mindestbedarf:

Als tägliche Mindestbedarfsmengen schlagen die Forscher angesichts der neuentdeckten Aufgabe der antioxidativ wirkenden Vitamine bei Vitamin C anstatt der bisherigen 75 Milligramm pro Tag 200 Milligramm vor, bei Vitamin E anstatt bisher 12 Milligramm künftig 60 Milligramm und der beta-Carotin-Wert wurde von bisher 3 auf künftig 15 Milligramm angehoben. Bei akuten Infektionskrankheiten kann es sinnvoll und sehr nützlich sein, diese Mengen vorübergehend zu erhöhen.

Ein weiteres Mal: Bestrahlung von Lebensmitteln

Ab 01.04.1990 keine Grenzwerte mehr für radioaktive Belastung von Lebensmitteln

Ursprünglich bereits zum 1.1.90 sollten nach EG-Beschluß die Grenzwerte für die radioaktive Belastung EG-weit aufgehoben, d. h. ersatzlos gestrichen werden. Der Bundesregierung war es gelungen - mit Rücksicht auf die ausstehenden Landtagswahlen - diesen, auf Druck von Wirtschaftsinteressen zustande gekommenen Beschluß, noch um drei Monate hinauszuzögern.

Ab 1.4.90 wird es also rechtskräftig:

- Es dürfen beliebig hoch belastete Lebensmittel verkauft werden.
- Öffentliche Einrichtungen dürfen keine Messungen mehr durchführen.
- Es darf nicht mehr gezielt vor Produkten eines bestimmten Herstellers gewarnt werden - selbst wenn hohe Belastungen (oberhalb der bisherigen Grenzwerte) eindeutig gemessen wurden.

Für den vorsichtigen Verbraucher bleiben nur zwei Möglichkeiten:

- Er kann im Zweifelsfall Produkte bei privaten Meßstellen untersuchen lassen.
- Er kann auf Pauschalaussagen (z. B. "Pilze aus dem südbayerischen Raum sind nach wie vor hoch belastet.") achten und entsprechende Produkte generell meiden.

Pauschalaussagen sind den privaten Meßstellen also weiterhin möglich. Bei gezielten Warnungen vor bestimmten Produkten müssen sie jedoch mit Schadensersatzklagen rechnen.

Alles in allem ist die Arbeit privater Meßstellen in Zukunft schwieriger und die Informationsmöglichkeiten für den Verbraucher noch weiter eingeschränkt.

Nun könnte man sich mit der Feststellung beruhigen, daß sowieso nur noch in seltenen Fällen höhere Belastungen oder gar Grenzwertüberschreitungen auftreten - auch von den privaten Meßstellen wird dies immer wieder bestätigt und wir alle sind froh darüber. Unangenehm bleibt jedoch die Vorstellung - und hierfür gibt es begründeten Verdacht - daß mit der Grenzwertaufhebung folgende Ziele verfolgt werden:

- Die Nahrungsmittelindustrie kann endlich (zu einem Zeitpunkt, wo sich die ganze Aufregung gelegt hat und kaum noch irgend jemand die Problematik bewußt ist) hochbelastete, bisher zurückgehaltene Rohstoffe (Milchpulver) vollends verarbeiten.
- Bei einem erneuten Störfall können die

Grenzwerte "unter Berücksichtigung der jeweiligen Situation" neu festgesetzt werden. Dies bedeutet nach gängiger Entscheidungspraxis:

- So niedrig, daß die Kosten durch entstehende Krankheitsfälle nicht zu hoch werden.
- Aber so hoch, daß die Kosten für die Wirtschaft - durch Produktionsausfälle usw. - nicht zu hoch werden.

Nach diesem Kompromiß (Krankheitskosten/wirtschaftliche Nachteile) wurden auch die Grenzwerte nach Tschernobyl festgelegt. Bei einem erneuten Störfall (womöglich in geringerer Entfernung ...) könnten die "optimalen Werte" völlig anders (z. B. wesentlich höher) liegen.

Die hier ausgesprochenen Verdachtsmomente mögen böse klingen. Daß sie nicht ganz von der Hand zu weisen sind, ist an folgender Frage zu erkennen: Wenn nicht damit gerechnet werden muß, daß in Zukunft die bisher geltenden Grenzwerte erneut überschritten werden - warum hebt man sie dann auf? Sie wären in diesem Fall doch sowieso bedeutungslos!

Einkaufszettel Öko-Rat:

Endlich gibt es eine seriöse und nach Augenschein wohl auch ziemlich vollständige Quelle für Auskünfte, mit denen sich - von Abbeizmittel bis Zwiebelfliege - die Kluft zwischen ökologischem Anspruch und trauriger Realität wenigstens weitgehend schließen läßt: ÖKO-RAT von A - Z, 504 Seiten Informationen, die bio- und ökologische Zusammenhänge erklären, Alternativen aufzeigen und Kaufempfehlungen geben - eine Info-Quelle, die man haben sollte.

Das Buch "Öko-RAT von A - Z" von Horst Speichert und Frank Brettschneider ist erst kürzlich im Scriptor Verlag Frankfurt erschienen; es kostet im Buchhandel 38.- DM

Hautkrankheiten durch Hefepilze:

Hefepilze im Darm können Psoriasis oder Neurodermitis auslösen. Die Universitäts-Hautklinik Frankfurt hat herausgefunden, daß Hautkrankheiten, insbes. die hier genannten, nach Behandlung mit Pilzmedikamenten sowie bei zuckerfreier und kohlehydratarmer Kost deutlich besser auf die jeweiligen Therapien ansprechen. Von 168 der im Rahmen der Studie untersuchten Patienten hatten 141 derartige pathologische Pilze im Darm. (Siehe auch Folgeseite.)

Amalgam:

Dass zwischen Zahnfüllungen aus Amalgam und Erkrankungen wie Allergien, Depressionen, Haarausfall, Migräne und Rheuma mehr als ein nur loser Zusammenhang besteht, scheint seit einiger Zeit nun endgültig außer Frage zu stehen. In München hatte Ellen Carl im April zum ersten Mal Näheres über diese Zusammenhänge erfahren. Weil sie selbst betroffen war, ging sie zu dem Münchner Toxikologen Max Daudeker, der diese Zusammenhänge vor einiger Zeit zweifelsfrei aufgedeckt und bewiesen hat. Ellen Carl wurde geheilt. Sie gründete daraufhin eine Patienteninitiative, die es sich zum Ziel gesetzt hat, erstens aufklärend zu wirken, und zweitens Betroffenen, die wieder gesund werden möchten und nicht recht wissen, an wen sie sich deswegen wenden können, weiterzuhelfen.

Kontaktadresse:

Candidiasis:

Erst Antibiotika, dann Hefepilze.

Dass *Candida albicans*, ein an sich harmloser Hefepilz, der in der Darmflora jedes Menschen vorkommt, sich bei vielen Menschen beängstigend vermehren und eine Vielzahl von Erkrankungen hervorrufen kann, hängt u.a. mit dem unverantwortlich steigenden Gebrauch von Antibiotika, und von anderen Medikamenten ab, die - wie Cortisonpräparate oder Antibaby-Pillen - das Immunsystem schwächen und die körpereigene Flora zerstören können; eine weitere, wichtige Rolle in diesem Prozess spielen häufig industriell bearbeitete Lebensmittel, Schwermetalle, Wohngifte, Amalgam und andere Umweltbelastungen aller Art.

Candida ist ein äusserst geschickter Erreger, der auf einen günstigen Augenblick wartet, wenn die Immunfunktionen des Körpers gestört sind. Antibiotika zum Beispiel töten im Darm die Bakterien, die den Pilz sonst als Nahrungskonkurrenten in Grenzen halten und andere, immun-schwächende Wirkstoffe erleichtern es

ihm dann, sich über die Blut- und Lymphbahnen im ganzen Körper auszubreiten. Mit der Nahrung in den Darm gekommen, greift er bei entsprechend günstigen Bedingungen meist auf das Nächstliegende über: den weiblichen Genitalbereich, wo sich dann schon bald die entsprechenden Symptome melden, z.B. Ausfluss (mit Hefe- oder Essigeruch), quälender Juckreiz, Harnröhrenkatarrh und Blasenentzündung. Von dort aus ist es dann auch nicht mehr weit zu Eierstock und Eileiter, die sich - unter Störung der Monatsblutung - entzünden. Gleichzeitig treten allgemeine Symptome auf wie Kopfschmerz, Migräne, Verspannungen, allgemeine Mattigkeit und Depressionen, die von vielen Ärzten völlig verkannt, und als "psychosomatisch" bzw. psychisch bedingt abgetan werden. Und gegen Ausfluss verschreiben solche Ärzte Pilzmittel zur lokalen Anwendung, die hier natürlich nicht ausreichen können, und gegen Harnröhren-

und Blasenkatarrh werden häufig Breitbandantibiotika verschrieben, die, anstatt *Candida albicans* zu hemmen und zu bekämpfen, dessen weitere Ausbreitung noch fördern und begünstigen. Und fast nie klärt ein Arzt einen *Candida*-Patienten darüber auf, dass diese Krankheit durch entsprechende Ernährung günstig oder ungünstig beeinflusst wird: Hefekuchen, und -brot, Süssigkeiten, Bier, Wein, Sekt, Essig, Schimmelpilze und Speisen aus raffiniertem Weissmehl lassen den Pilz wachsen und gedeihen!

Genau daraus ergibt sich auch die einfachste Methode, eine Candidiasis zu erkennen: Wenn sich nach einer Woche ohne Süssigkeiten, ohne raffinierte Kohlehydrate und Alkoholika und ohne hefehaltige Produkte die Symptome bessern, dann ist die Wahrscheinlichkeit einer Candidiasis zumindest so hoch, dass es an der Zeit ist, sich in die Behandlung eines kompetenten Arztes zu begeben.

Sprachlumpen:

Man solle doch, wo es um Landwirtschaft und Umwelt gehe, künftig nicht mehr "Pestizide" sagen, meinte [REDACTED] auf einer Pressekonferenz zu den anwesenden Journalisten, sondern statt dessen die freundlichere Bezeichnung Pflanzengesundheitsmittel verwenden; das sei einfach richtiger

und bedeute gleichzeitig auch eine wirksame verbale Standortbestimmung. Arzneimitteln für die menschliche Gesundheit bezeichne man ja schliesslich auch nicht als Pestizide.

Was dazu die anwesenden Journalisten gesagt haben? Keine Ahnung, aber die "Stuttgarter Zeitung" meint dazu in ihrer Ausgabe vom 04.01.90: "Wer chemische Pflanzenschutzmittel unter der sprachlichen Tarnkappe von "Pflanzengesund-

heitsmitteln" verkaufe, verdränge bewusst die schädliche Komponente der Pestizide, verhöhne den Umweltschutz und suggeriere, dass die chemischen Keulen für Unkraut und Schädlinge auf einer Stufe lägen mit heilenden Kräutern und Pillen für die menschliche Gesundheit."

Und Karl Kraus, der berühmte scharfzüngige Schriftsteller meinte dazu schon vor 70 Jahren: "Sprache entlarvt die wahre Gesinnung des Redners!"

Plastik-Haut:

Wer mit Zitronen handelt, handelt nicht immer mit Zitronen. Der Handel mit Südfrüchten ist ein einträgliches Massengeschäft geworden, insbes. seitdem Hersteller und Händler gelernt haben, Orangen, Zitronen und Grapefruits durch chemische Nachbehandlungen mit "Versiegelungswirkung" ihren Früchten Langlebigkeit zu verleihen.

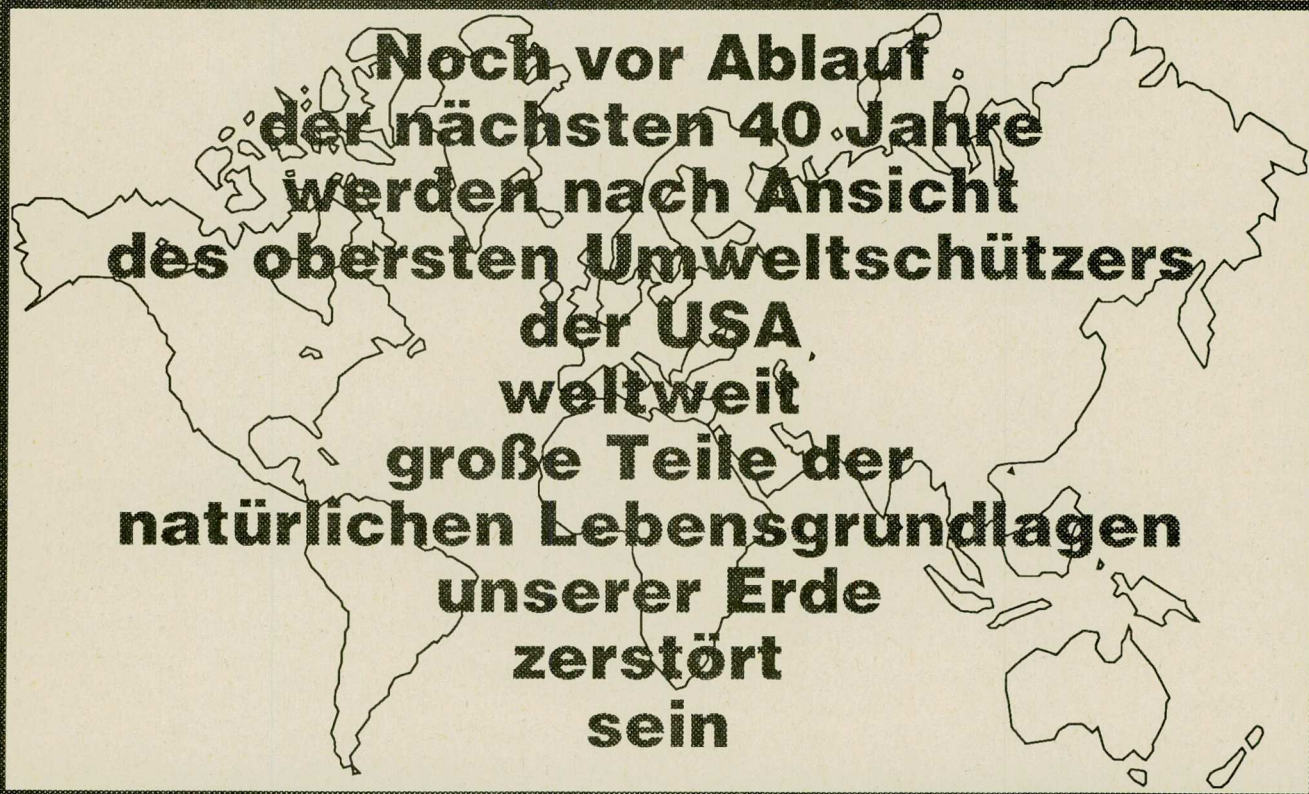
Eine neuer Unfug besteht seit einiger Zeit darin, Südfrüchte einzeln fest in Folien einzuschweissen, und ihnen damit gewis-

sermassen eine zweite Haut zu verleihen. Besonders unerfreulich, dass ausgerechnet die sonst doch angeblich um Umweltfreundlichkeit und die Gesundheit mührer Kunden so besorgte Firma Tengelmann diesen Unfug mitmacht. Darauf angesprochen, wurde das damit begründet, man müsse das machen, um den Hinweis "unbehandelt" anbringen zu können.

Die Frage ist, handelt es sich bei dieser "umweltfreundlichen" Verpackungsform etwa um PVC, um das bekannt-berühmte, umweltschädliche Polyvinylchlorid, oder das ihm nahe verwandte Polyvinylidenchlorid? Auskünfte darüber sind natürlich schwer zu erhalten. Meistens wer-

den diesbezügliche Fragen überhaupt nicht beantwortet, manchmal werden sie beantwortet, mit ja, oder mit nein, aber wer will denn wissen, ob die ihm gegebene Antwort auch wirklich zutrifft?

Das kann man nachprüfen - selbst, zu Hause und ganz einfach: Man nimmt ein Stückchen Kupferdraht, erhitzt ihn über einer Gasflamme (notfalls Gasfeuerzeug) bis zum Glühen, und sticht dann mit dem glühenden Draht in die zu prüfende Folie. Anschliessend hält man den Draht nochmals in die Flamme. Wenn diese sich grün färbt, enthielt die Folie PVC - so einfach ist das!



**Noch vor Ablauf
der nächsten 40 Jahre
werden nach Ansicht
des obersten Umweltschützers
der USA
weltweit
große Teile der
natürlichen Lebensgrundlagen
unserer Erde
zerstört
sein**

Nach einer Meldung vom 13. Februar (Reuter) sagte William Reilly, oberster Chef der US-Umweltschutzagentur in Washington, am meisten gefährdet seien die tropischen Regenwälder, das Grundwasser und die Böden. Zu den Regenwäldern sagte Reilly, es sei eine "Sache von etwa 15 Jahren, bis wir die meisten wichtigen zusammenhängenden Waldsysteme in Südamerika, Zentralamerika, Westafrika, Asien und Indonesien vollends verlieren."

Reilly bezweifelte, dass der Welt auch nur noch ein Zeitraum von etwa 40 Jahren bleibe, um ihr Wirtschaftssystem so zu gestalten, dass es die Umwelt nicht mehr bedrohe; diesen Zeitraum hatte das Washingtoner World-watch-Institut zuvor in einer Studie genannt. Bei einigen kritischen Ökosystemen sei die noch verbleibende Frist sogar wesentlich kürzer.

(Aus: Frankfurter Rundschau vom 14.02.1990)

Auch das ist Umwelt - Hygiene:

Biotop für die Seele!

In der Stuttgarter Zeitung, Ausgabe vom 5. Jan. 1990, fanden wir einen Beitrag von Otto F. Best, der uns so bedenkenswert erscheint, dass wir ihn im folgenden kurzerhand honorarfrei abdrucken (in der Hoffnung, dass Otto - nachdem dies keine gewerbliche Veröffentlichung, sondern ein Rundbrief für Gleichgesinnte ist - uns das verzeiht):

Wer kennt es nicht, das Gefühl, das uns erfüllt, wenn wir, im Auto oder mit der Bahn unterwegs, zum Fenster hinausblicken und unsere Geste des Grußes lächelndes Echo findet. Einen Augen-Blick nur mag die visuelle Berührung von hier und dort, von Fenster zu Fenster vielleicht, der Augen-Kontakt gedauert haben. Doch es ist, als wäre ein Wärmestrom zurückgelenkt worden auf uns, und nun umhüllt er uns wohltuend. Anblicken als stummes Ansprechen, Urform des Dialogs, Fundament der in Wahrnehmen und Wahrgenommenwerden sich entfaltenden menschlichen Begegnung.

Wahr-Nehmen - ein Wort, dessen Bildlichkeit zwingend ist. Natürlich bedürfen wir, streng genommen, kaum der anderen, um eigener Wahrheit uns zu versichern. Doch erst im Gegenüber wird diese Wahrheit ganz. Ob nicht zum "Wahrnehmen" ein "Wahrgeben" gehört? Wechselseitigkeit als eine Art Bürgschaft. Die klugen Ratten, heißt es, brächten das eingedrungene sippenfremde Tier zu Tode, indem sie es links liegenlassen. Links, auf der Seite von Tod und Unheil. Unbeachtet. Verweigerung des "Wahrgebens" also schon hier.

Nicht ohne Grund gehört zu den Grundregeln der Telefonwerbung, daß der "Angewählte" sogleich mit dem Namen anzusprechen sei. Ein Brückenschlag, der oft als Anbiederung empfunden wird. Zu Recht. Da die "Wahrnehmung" unverhohlen materiellen Interessen dient, verstimmt sie. Ganz im Gegensatz zum Wahrgenommenwerden en passant: Es ist beglückend, weil es nichts will, bloß menschliche Verbundenheit signalisiert. Zeitgenossenschaft ins Bewußtsein ruft, geteilte Zeugenschaft im Hier und Jetzt.

Ähnlich verhält es sich mit jenem anderen, ausgeprägteren Elementardialog, der, neben dem Gruß, sozusagen das "kleinste gemeinsame Vielfache" unserer Kultur ist. Wir wollen hinein, der andere will heraus. Unseren kulturellen Wert- und Weichenvorstellungen entsprechend reagieren wir gebend oder nehmend. Wir treten zurück, sagen mit einladender Handbewegung "bitte". Der andere schiebt sich an uns vorbei. Vielleicht blickt er uns an, erleichtert, weil er die Hände voll hat. Sagt "danke", was Gelegenheit gibt, mit einem "bitte, gern" die Drei-Schritt-Begegnung abzuschließen. Allzu oft, freilich, geschieht es, daß auf das öffnende Bitte hin unser Gegenüber an uns vorbeieilt, stumm, ohne uns eines Blickes oder Wortes zu würdigen d. h. uns wahrzunehmen. In die Rolle des Türhüters gedrängt - zumal nicht selten noch andere, als hätte man einen Weg gebahnt, die Gelegenheit nutzen zu müssen glauben -, fühlen wir uns mißachtet, ja mißbraucht. Dabei hätte ein Blick, ein Wort genügt, uns als Mit-Menschen, Partner zu bestätigen und solcherart zu "würdigen".

Geben und Nehmen in Blick und Geste - Haltungen, die einander ergänzen, ein Komplementärverhältnis bilden, wie es menschlicher nicht sein könnte. Ein Ritual fast, Figur in dem, was die Kulturanthropologie "kulturellen Tanz" nennt: Form, die sich mit Leben füllt, wenn der wahrnehmende Blick, die anerkennende Geste Erwidern finden, zum Siegel menschlichen Miteinanders werden. Mit unserer Menschlichkeit ist es bedroht von Gleichgültigkeit, Stumpfheit. Denn Kultur ist nun einmal Formung und diese nicht denk- und machbar ohne Innehalten, "Hemmung". Sie ist, um es mit Georg Simmel zu sagen: der Weg der Seele zu sich selbst. Wäre es nicht an der Zeit, könnte gefragt werden, auch für die "Seele" zu fordern, was wir Pflanze und Insekt inzwischen zuzubilligen geneigt sind? "Seelenökologie" - auch ihr sollten wir einen Platz einräumen in der Besinnung unserer Tage. So wir nicht dem Sog eines Neobarbarentums erliegen wollen, das Überwindung von Unfreiheit mit Abschaffung von Kultur verwechselt.